Der Beobachter



für die Lande an Sieg und Dill, an Lahn, Lenne und Eder.
Wochenschrift der Deutschen Volkspartei des Siegerlandes.

4. Jahrg.	Der „Beobachter" kostet **vierteljährlich M. 4.50** ohne Bringerlohn und Postgebühren. Er wird bestellt bei allen Postanstalten sowie in der Geschäftsstelle **Brüderweg 1** und der Druckerei **Obergraben 5/1**	**Samstag** 3. Juni 1922	**Anzeigen** finden im „Beobachter" weiteste Verbreitung. Die einspaltige mm-Zeile kostet **60 Pfg.**, bei Mehraufnahmen entsprechender Preisnachlaß.	**Nr. 22**

Inhalt der Nummer:

Wirtschaftliche Wochenübersicht.
Gründe und Gegengründe für die gleitende Gehaltsskala.
Ein unmögliches Gesetz.
Neue Formen städtischer Betriebe.
Die Ausführung des „Friedens"-Vertrags.
Til. Stella aus Siegen als Schützling Melanchthons. Von Bergrat Gustav Ernst, Halberstadt.

Den Finger drauf.
Aus der Partei.
Zur Abwehr!

Wirtschaftliche Wochenübersicht.

Von unserem volkswirtschaftlichen Mitarbeiter.

Die Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie in Hamburg hat sich auf das Eingehendste in den Referaten der besten Sachkenner mit den Schwierigkeiten unserer gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzlage beschäftigt. Die Grundstimmung war im allgemeinen recht trübe, nicht so sehr wegen der Unsicherheit der bevorstehenden internationalen Entscheidungen, als wegen der stark verschlechterten Geschäftskonjunktur im gesamten Warenverkehr. Der Referent über die internationalen Finanzprobleme, der Hamburger Finanzmann Max Warburg, warnte zwar einerseits davor, die Mark noch weiter als Wertmesser zu benutzen, da sie dazu wegen ihrer heftigen Schwankungen unbrauchbar sei, aber er erklärte es auch für unmöglich, irgend eine andere stabilere Valuta zu schaffen, da dadurch erst recht die größte Verwirrung hervorgerufen werden würde. Warburg ist der Ansicht, daß wir uns trotz weitersteigender Inflation auf die Neuerscheinung der Geldknappheit werden einrichten müssen. Damit wird aber Deutschland immer abhängiger vom Auslandskapital. In der Anleihefrage hält Warburg einen Betrag von 10 Milliarden Goldmark für nötig, um Deutschland zunächst eine wirkliche Atempause zu verschaffen. Das ist viel mehr, als Amerika bisher auch unter den drückendsten Bedingungen zu gewähren für möglich erklärt hat.

Aber viel bedenklicher noch als diese Anleihesorge klang die Feststellung des Vorsitzenden des Präsidiums des Reichsverbandes, des Abgeordneten Dr. Sorge, daß **die deutsche Industrie nunmehr in wichtigen Zweigen die Weltmarktpreise erreicht habe.** In erster Linie ist es wohl die Textilindustrie, in der die Preise den Weltmarktstand selbst bei dem heutigen schlechten Markstande vielfach schon überschritten haben. Der Stillstand des Geschäfts ist als notwendige Folge dieser Preisentwicklung bereits eingetreten. Die Kauflust der Ausländer hat wesentlich nachgelassen. Der Exporthandel klagt über zahlreiche Abbestellungen ausländischer Aufträge. Aber es scheint, als ob sogar die billigere Lebenshaltung in Deutschland den Ausländer nicht mehr lockt, weil auch hier der Unterschied und damit der Vorteil für die Ausländer schon bedeutend geringer geworden ist. Die deutschen Bäder und Erholungsorte hatten sich bekanntlich für diesen Sommer auf einen Massenbesuch von Ausländern aus den valutastarken Ländern eingerichtet. Vielleicht wird der Umschwung der Preislage, der inzwischen eingetreten ist, auch ihnen manche Enttäuschungen bereiten und zum mindesten den Ausländerzustrom wesentlich abflauen lassen. Für uns Deutsche hat das dann vielleicht den Vorteil, daß wir die Stätten unserer Sommererholung wenigstens nicht alle von Ausländern besetzt finden und daß wir zwar hohe, aber keine unsinnigen Wucherpreise zu bezahlen brauchen, wenn wir gegen Übervorteilungsversuche von vornherein entschieden Stellung nehmen. Allerdings wirkt hier die Konkurrenz der inländischen Valutagewinnler nicht weniger ärgerlich und preisverteuernd als die der ausländischen.

Mit dem Ende der günstigen Geschäftskonjunktur wird auch das Problem der Arbeitslosigkeit wiederbrennend. Der Gesamtvorstand des Verbandes sächsischer Industrieller hat bereits öffentlich erklärt, daß ein Konjunktur-Umschwung und damit eine Krise mit größerer Arbeitslosigkeit vorauszusehen sei. Auf diese Gefahr hat auch die sächsische Regierung bereits in einer Denkschrift hingewiesen und Vorbeugungsmaßnahmen über die künftige Arbeitslosigkeit vorgeschlagen. Aber es läßt sich nicht bestreiten, daß heute die staatlichen Behörden einer auch nur einigermaßen umfangreichen Arbeitslosigkeit wegen ihrer finanziellen Ohnmacht viel hilfloser gegenüberstehen, denn je. Das einzige, was wirklich helfen könnte, wären Maßnahmen zur Hebung der Produktion. Ob aber nach dieser Richtung gangbare Wege offen stehen, ist sehr die Frage.

Unsere industrielle Erzeugung steht zweifellos wieder einmal an einer schroff in eine neue Richtung einbiegenden Entwickelungskurve. Diese Tatsache wird vor allem dadurch gekennzeichnet, daß einerseits Handel und Wandel mit Rücksicht auf die Unsicherheit des weiteren Entwickelungsganges der Wirtschaftskonjunktur zum Stillstand gebracht werden, anderseits aber die innere und äußere Inflation, wie sie in der Preis- und Valutagestaltung zum Ausdruck kommt, noch immer weiter fortschreitet. An äußeren Kennzeichen hierfür fehlt es nicht. Kein Tag vergeht mehr, an dem nicht irgend ein industrieller Verband eine weitere Preiserhöhung seiner Erzeugnisse anordnet oder eine Aktiengesellschaft eine Kapitalserhöhung vornimmt. Vergeblich hat Warburg wohl gemahnt, mit den Neugründungen und Kapitalserhöhungen ein Ende zu machen. Der wirtschaftliche Zwang ist, wie immer, viel stärker als die beste Einsicht und die schönsten Vorsätze. Die Stimmung an den deutschen Börsen stellt nur ein Spiegelbild dieser zwiespältigen Lage dar. Auf der einen Seite treibt die Inflation immer wieder zu Kurssteigerungen der Auslandsdevisen, an denen auch ausländische Rentenwerte und gewisse ausländische Valutapapiere teilnehmen. An den Aktienmärkten dagegen werden diese kurssteigenden Einflüsse vollkommen aufgehoben durch den Umschwung der geschäftlichen Gesamtlage, der die Finanz- und Wirtschaftskreise mit ernsten Sorgen erfüllt und die Spekulation vollkommen von der Betätigung auf dem Gebiete der Effekten fernhält. Daß es in einer so kritischen Zeit in Süddeutschland zu einem lang andauernden und erbitterten Kampfe in der Metallindustrie kommen konnte, beweist nur, wie wenig noch immer die Massen in Deutschland sich von wirtschaftlichen Erwägungen leiten lassen. Und wie gering der Einfluß der weiterblickenden Gewerkschaftsführer auf die ausschließlich parteipolitisch gerichteten Mitglieder ist. Während man in Bayern zu einer Einigung gelangte, haben sich in Südwestdeutschland die Dinge so verschärft, daß es zu einer Aussperrung von 50 000 Metallarbeitern gekommen ist. Man vergleiche damit das Verhalten der Arbeiterschaft in England, wo im gegebenen Augenblick eine wesentliche Herabsetzung der Löhne vorgenommen werden konnte, was dann eine Besserung der gesamten Wirtschaftslage und eine Herabsetzung der Steuern und Tarife zur Folge hatte. Leider muß gesagt werden, daß in Deutschland, wenn hier eine ähnliche Lage ähnliche umwälzende Wirtschaftsmaßnahmen nötig machen sollte, das wahrscheinlich an der Einsichtslosigkeit der nicht von wirklichen Wirtschaftsführern geleiteten Arbeiterschichten scheitern würde.

Gründe und Gegengründe für die gleitende Gehaltsskala.

Aus Beamtenkreisen erhalten wir folgende Zuschrift:

1. **Tarifverhandlungen oder Besoldungsgesetz?** Das Besoldungsgesetz beabsichtigte ausdrücklich die fortgesetzten Kämpfe um die Höhe der Teuerungszuschläge auszuschalten und legte daher ihre Bemessung durch den Reichshaushalt fest. Das Gegenteil der erwarteten Wirkung ist eingetreten. Die nicht vorauszusehende Höhe der Teuerung, der immer schnellere Kreislauf von Preissteigerung und Lohnhöhe (vgl. Österreich!) zwingen dazu, die falsche Bahn zu verlassen. Wir hatten im letzten Halbjahr durchschnittlich einmal im Monat Verhandlungen mit der Regierung. Bei den Arbeitern ist man schon dazu übergegangen, alle 14 Tage den Tarif zu ändern. Es bleibt also, wenn keine grundsätzliche Regelung auf dem Wege der gleitenden Gehaltsskala eingeführt wird, nur der Weg kurzfristiger Tarifverträge übrig. Dadurch kommt aber der Beamte von selbst zu einer falschen Auffassung seiner Stellung, es ist vom Tarifvertrag zu Ablehnung des Tarifs nur ein Schritt. Das führt zum Lohnstreik und zum Ende des Berufsbeamtentums.
2. **Können die Beamten noch ruhig arbeiten?** Es sind zurzeit in jeder Beamtenorganisation Dutzende von Kräften nur mit der Besoldungsfrage beschäftigt. Im ganzen Reich sind das Tausende. Ihre Arbeitskraft ist ihrem Dienst zum größten Teil entzogen. Die von diesen Führern der Besoldungsaktion in die Beamten immer wieder pflichtmäßig hineingetragenen Gedanken werden überall eifrig diskutiert, natürlich meist in den Dienststunden. Die unzweifelhaft nachgewiesene Minderleistung der Beamtenschaft beruht zum größten Teil hierauf. Hier muß endlich Beruhigung eintreten.
3. **Gleitende Skala auch für Arbeiter?** Die Übertragung des Gedankens der gleitenden Lohnskala auf die Industrie soll von dem Schritt abschrecken. In Wirklichkeit ist bei den meisten Arbeitern der Lohn der Indexziffer entsprechend gestiegen, oder dieser bereits vorausgeeilt. Eine Festlegung auf den Grundsatz der gleitenden Skala wollen weder Arbeitgeber noch Arbeitnehmer, da sie steigende und fallende Konjunktur nicht ohne Einfluß auf die Lohnbildung lassen wollen.
4. **Gleitende Skala in der Industrie.** Der Reichsverband der deutschen Industrie hat Mitte März dieses Jahres dem Reichsverkehrsministerium eine Erklärung übermittelt, wonach Angebote zu festen Preisen unmöglich sind und gleitende Preise für öffentliche Lieferungen verlangt werden.
5. **Gleitende Skala bei den Staatseinnahmen.** Ein bedeutender Teil der Einnahmen, wie Zölle, werden durch einen der Teuerung jeweilig angepaßten Goldzuschlag auf einer solchen Höhe gehalten, daß diese Einnahmen annähernd Goldmarkwert entsprechen. — Die zweite Einnahmequelle, die Steuern, müßten genau so wirken, da ja mit sinkendem Geldwert automatisch die Einkommen der weitaus meisten Kreise steigen. Dafür, daß der Staat diese Regelung nicht annähernd in dem nötigen Maße durchführt oder nicht durchführen kann, ist der Beamte nicht verantwortlich.
6. **Ist der Etat noch einzuhalten?** Ein gerade von Beamten oft selbst gehörter Einwand. Die Parlamentarier denken darüber anders. Jeder in einer öffentlichen Körperschaft oder einer Organisation Tätige weiß, daß es überhaupt keinen in Papiermark aufgestellten Etat gibt, der eingehalten wird. Trotzdem wird des Grundsatzes halber an dieser Fiktion noch festgehalten. Und selbst damit ist die gleitende Skala vereinbar. Bisher wurden die Erhöhungen der Teuerungszulagen im Wege unregelmäßig eingebrachter Nachtragsetate beschlossen — an ihre Stelle brauchen nur regelmäßige Nachtragsetats, etwa monatlich, zu treten, deren Beschlußfassung vom Parlament einem Ausschuß formell überlassen wird, und über deren Höhe die Indexziffer entscheidet — dann ist das „Etatsrecht" gewahrt und die gleitende Skala ist da.
7. **Führt die gleitende Skala zur Preistreiberei?** Die schlechte Entlohnung der Beamten soll bisher ein Widerstand gegen allzu große Preistreiberei gewesen sein, indem ihre Stellungnahme gegen den Wucher mit Lebensmitteln usw. das Schlimmste verhütete. Fiele dieser Widerstand weg, so sei auch der letzte Damm gebrochen. Was man den Beamten hier zutraut, ist leider nicht der Fall. Alles Geschrei über „Wucherpreise" ist vergebens gewesen, da die übergroße Mehrheit der kaufenden Bevölkerung, Kaufleute, Handwerker, Bauern und Arbeiter, unbekümmert um den Preis ihren Bedarf deckten und den Preis nach dem großen Gesetz von Angebot und Nachfrage regelten. In kleinen ausgesprochenen Beamtenstädten mag ein retardierendes Moment für kurze Zeit gewirkt haben, mehr nicht. Auf die Preisbildung allgemein haben die Beamten keinerlei Einfluß.

Ein unmögliches Gesetz.

Als das Reichsmietengesetz zur Verhandlung auf der Tagesordnung des Reichstags stand, haben wir wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß die Ausführung in der Praxis unmöglich sein werde, und die Deutsche Volkspartei hat daher aus diesem Grunde und auch wegen der Unzulänglichkeit in der Berücksichtigung der Interessen der Hausbesitzer gegen das ganze Gesetz gestimmt, da es ihr nicht gelungen war, die für notwendig erachteten Verbesserungen durchzusetzen. Nunmehr sind von Preußen die allgemeinen Ausführungsbestimmungen erlassen worden, die noch durch besondere Ausführungsbestimmungen der Ortsverwaltungen zu ergänzen sind. Schon hieraus ist ersichtlich, wie verwickelt die ganze Geschichte werden muß, wenn ein Reichsgesetz erst durch eine ganze Reihe von Ausführungsbestimmungen in Wirksamkeit gesetzt werden kann. Was nun aber von der preußischen Regierung verfügt worden ist, übertrifft die schlimmsten Erwartungen. Das soll kein Vorwurf gegen die preußische Regierung sein, denn sie hat sich streng im Rahmen des Gesetzes gehalten und dessen Sinn zur Ausführung zu bringen versucht.

Dem gewöhnlichen Sterblichen, also dem Durchschnittsmieter, werden die verwickelten Bestimmungen, namentlich wenn auch die Ergänzung der Ortsverwaltung ergangen ist, ungefähr ebenso verständlich sein, wie unsere Finanz- und Steuergesetzgebung. Die Juristen und Anwälte haben alle Hände voll zu tun, um ihre Kunden zu beraten und finden sich selbst im Gestrüpp der Erzbergerschen Steuergesetzgebung nicht zurecht. Die Landesfinanzämter sind mit Arbeiten überhäuft und können das Notwendigste nicht erledigen. Ein gleiches Schicksal wird die Mieteinigungsämter ereilen, die durch das Reichsmietengesetz und dessen Ausführungsbestimmungen in geradezu unglaublicher Weise in Anspruch genommen werden sollen. Die nächste Folge muß natürlich eine gewaltige Vermehrung des gesamten Personals aller Mieteinigungsämter, also letzten Endes eine erhöhte Belastung der Steuerzahler, und in diesem Fall der Wohnungsmieter bedeuten. Selbstverständlich werden sofort über Berechnung, Auffüllung und Verwendung der verschiedenen Kassen und Konten unendliche Streitigkeiten zwischen Mietern und Vermietern entstehen, zu deren Schlichtung in jedem Fall das Mieteinigungsamt anzurufen ist. Erwählung und Befugnisse der Mieterausschüsse werden gleichfalls unaufhörlich zu Zwistigkeiten mit dem Hauswirt Veranlassung geben, namentlich das sogenannte Mitwirkungs- und Aufsichtsrecht der Mietervertretung in Häusern mit Sammelheizung und Warmwasserversorgung. Und wiederum ist das Mieteinigungsamt die Stätte, wo diese Zwistigkeiten auszutragen sind. Man braucht kein Prophet zu sein, um vorauszusagen, daß für jedes einzelne Mietshaus ein ganzer Rattenkönig von Prozessen zwischen den Mietsparteien und dem Hausbesitzer entstehen und zu endlosen Verhandlungen vor den Mieteinigungsämtern führen muß. Diese stehen sowieso im allgemeinen in bezug auf ihre Wirksamkeit, ihre Unparteilichkeit und Arbeitsleistung in keinen sonderlich gutem Ruf. Das Reichsmietengesetz wird nicht dazu beitragen, diesen Ruf zu verbessern. Aber es wird eine Quelle unaufhörlicher gegenseitiger Verärgerung zwischen Mietern und Vermietern und für unlautere Machenschaften vor den Mietseinigungsämtern geschaffen. Vorteil haben nur die Anwälte, deren Weizen in solchen Verhältnissen blüht.

Neue Formen städtischer Betriebe.

Es machen sich mancherlei Anzeichen bemerkbar, daß es nicht nur mit den Bestrebungen, große Betriebe zu sozialisieren oder zu kommunalisieren, ein Ende hat, sondern daß im Gegenteil eine rückläufige Bewegung eingesetzt hat. Während im Reichstag immer stärker die Forderung hervortritt, die Reichseisenbahnen ganz selbständig zu machen und womöglich in gewissem Sinne privatwirtschaftlich zu betreiben, um auf diese Weise dem ständigen Riesendefizit ein Ende zu machen, ist man an andern Orten schon weiter vorgeschritten. Dabei ist es recht bezeichnend, daß gerade die Reichshauptstadt Berlin mit ihrem vorwiegend sozialistischen Magistrat auf dem besten Wege ist, in dieser Richtung bahnbrechend zu wirken. Man hat dabei ein ausgezeichnetes Stück Anschauungsunterricht genossen, das geradezu verblüffend gewirkt hat. Die Stadt Berlin erfreut sich eines sehr großen Besitzes von Rieselgütern, Wiesen und Wald in ihrer unmittelbaren Umgebung, und man sollte meinen, daß diese Güter, die den stets aufnahme- und zahlungsfähigen Absatzmarkt der Millionenstadt unmittelbar zur Hand haben, schöne Erträge abwerfen müßten. Wie wenig jedoch große Gemeinden imstande sind, selbständig nutzbringend zu wirtschaften, weil einmal der Verwaltungsapparat notwendigerweise viel zu schwerfällig ist und weil anderseits unter den heutigen Zeitläuften bei hohen Gehalts- und sonstigen Ansprüchen wenig wirkliche Arbeit geleistet wird, zeigt das Beispiel der städtischen Güter und überhaupt der städtischen Betriebswirtschaft. Einige wenige Ausnahmen, wie gut geführte Gaswerke, bestätigen nur die Regel. Die Berliner Güterverwaltung hat seit der Revolution unter sozialdemokratischem Regiment mit immer größern Unterbilanzen zu rechnen gehabt, die den städtischen Steuerzahlern schwere Opfer auferlegt haben. Es erregte darum nicht geringe Verwunderung, als an den Magistrat das Angebot von privater Seite herantrat, eins der Güter, das sich bisher am schlechtesten bezahlt hatte, zu pachten und so mit einem Schlage das Defizit in einen nennenswerten Überschuß zu verwandeln. Magistrat und Stadtverordnetenversammlung in ihrer großen Mehrheit stimmten sogar unter Mitwirkung der Unabhängigen begeistert zu, und es wurde mit Verpachtung des Gutes Tasdorf der Anfang gemacht. Ein zweites Gut ging alsbald denselben Weg, da der bisherige Verwalter, der die Verhältnisse an Ort und Stelle gründlich kennen gelernt hatte, zu der Überzeugung gekommen war, daß privatwirtschaftlich, losgelöst von dem Druck städtischer Behörden, namentlich bei den heutigen Getreide- und Kartoffelpreisen sehr schöne Erträge herauszuwirtschaften seien. Nunmehr steht die Stadt Berlin vor der Frage, ob sie ein Angebot annehmen soll, das ihr von ungemein finanzkräftiger Seite gemacht worden ist. Es handelt sich darum, daß ein großes Konsortium den gesamten übrigen Güterbesitz der Stadt Berlin im Gesamtumfang von ungefähr 9000 Hektar Rieselfelder, 3000 Hektar sonstigen Ackerbodens und 1000 Hektar Wiesen auf einen längeren Zeitraum pachten will. Es ist auch kennzeichnend für unsere heutigen Verhältnisse, daß die Pachtsumme nicht nach Mark und Pfennig berechnet werden soll, sondern daß eine bestimmte

Anzahl Roggen nach dem jeweiligen Tagespreise für die Bestimmung der Pachtsumme maßgebend sein soll, mit anderen Worten, die Pachtsumme wird eine gleitende sein, indem sie mit Steigen oder Sinken der Getreidepreise steigt oder fällt.

Dann würde sich das Geschäft für die Stadt Berlin in doppelter Hinsicht außerordentlich lohnen. Während sie jetzt einen Riesenzuschuß bewilligen muß, den aufzubringen ihr ungemein schwer fällt, würde sie in Zukunft bei Zugrundelegung der heutigen Getreidepreise rund 100 Millionen Mark jährlich als Reingewinn erzielen. Ferner aber, was noch ganz besonders ins Gewicht fällt, bietet dieses Konsortium, hinter dem natürlich Großbanken stehen, der Stadt Berlin einen Kredit von einer halben Milliarde Mark an, den sie ebenfalls dringend braucht, aber angesichts ihrer sehr ungünstigen Finanzlage nicht zu verwirklichen imstande war. Der städtische Kämmerer wird damit großer Sorge, die ihn bisher bedrückte, daß er nämlich wegen der Kreditunfähigkeit der Stadt manchmal kaum in der Lage war, die fälligen Gehälter und Löhne an die städtischen Beamten und Arbeiter zu bezahlen, enthoben. Die Gewißheit außerdem, daß so die Stadt selbst wieder kreditfähig geworden ist, muß die Finanzgebarung noch weiter wesentlich erleichtern. Freilich stehen auch gewisse Bedenken im Wege, doch werden sich solche Hindernisse wohl beseitigen lassen. Die Hauptsache für uns ist, daß hier mit einem Schlage der Unterschied zwischen kommunaler und privater Verwaltung grell beleuchtet wird. Dazu kommt noch, daß zurzeit auch ernsthafte Verhandlungen schweben, den unhaltbaren Finanzverhältnissen der Großberliner Straßenbahn dadurch ein Ende zu machen, daß sie aus der rein städtischen Verwaltung vielleicht auf dem Umweg über die Gründung einer städtischen Aktiengesellschaft dem gemeinwirtschaftlichen Betrieb zugeführt wird, wobei die Stadt ihr Eigentumsrecht voll wahren könnte. Daß sogar die Mehrheitssozialisten sich dieser Einsicht nicht mehr verschließen, darf als ein weiteres Zeichen dafür gelten, daß auch in jenen Kreisen die Vernunft allmählich Einkehr hält. Da in anderen deutschen Großstädten die Verhältnisse ähnlich liegen und ähnliche Erfahrungen gemacht worden sind, wird man die Entwicklung der Dinge in Berlin mit besonderem Interesse verfolgen.

Die Ausführung des „Friedens"-Vertrages.

Der Reichsfinanzminister hat vor einigen Tagen dem Reichstag den auf Grund der Note der Reparationskommission vom 21. März 1922 umgearbeiteten „Haushalt für die Ausführung des Friedensvertrages" vorgelegt. Obgleich die angeführte Note Deutschland eine Herabsetzung seiner Zahlungsverpflichtung für 1922 auf 720 Millionen Goldmark in bar und 1,45 Milliarden Goldmark in Sachleistungen brachte, hat sich der Haushalt des Friedensvertrages, der ursprünglich mit rund 210 Milliarden Mark in den Reichshaushalt eingestellt war, auf 226,5 Milliarden Mark erhöht, da wegen der inzwischen eingetretenen weiteren Geldentwertung für eine Goldmark statt 45 jetzt 70 Papiermark eingesetzt werden mußten.

An der Ausführung des Friedensvertrages sind fast alle Ministerien beteiligt. Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft soll für Viehlieferungen für Reparationszwecke im Werte von 15 Milliarden Mark sorgen, d. h. für eine Summe, wie sie für das Reichsministerium des Innern, das Reichsarbeitsministerium, das Reichsernährungsministerium, das Reichswehrministerium und das Reichsministerium des Äußeren insgesamt ausgeworfen ist, inbegriffen die Ausgaben für die Reichswehr und die Reichsmarine sowie die Zuschüsse für die Polizeikräfte, die das Reich den Ländern gewährt. Zu berücksichtigen ist übrigens, daß diese 15 Milliarden für Reparationsviehlieferungen nicht etwa Teile der sogenannten Sachleistungen sind. Diese sind vielmehr mit 96,5 Milliarden in den Haushalt des Reichsministeriums für Wiederaufbau eingestellt, während die 720 Millionen Goldmark, die wir in bar leisten sollen, den Haushalt der allgemeinen Finanzverwaltung mit 50,4 Milliarden belasten; wie oben angegeben, ist die Umrechnung der von uns geforderten Goldbeiträge in Papiermark nach dem Verhältnis von 1 : 70 erfolgt.

Das Reichsschatzministerium hat für die Unterbringung der Besatzungstruppen und Kontrollkommissionen sowie für ihre Bürobedürfnisse usw. zu sorgen. Die Summe von 5,7 Milliarden, die für diese Zwecke im Haushalt enthalten ist, gibt aber nur eine unvollkommene Vorstellung von den wahren „Bedürfnissen" der alliierten Militärs in Deutschland. Die Reichspostverwaltung verlangt z. B. 20 Millionen Mark zur Herstellung neuer Fernsprechleitungen, als Ersatz für 300 durch die Besatzungsbehörden beschlagahmte Drahtleitungen. Die Kosten der Reparationskommission sind mit einer Milliarde, die der übrigen alliierten Kommissionen, unter Ausschluß der Kosten für ihre Unterbringung, mit zehn Milliarden veranschlagt. In der letzteren Summe sind auch die Entschädigungen für Automobilunfälle enthalten die durch zu schnelles Fahren alliierter Kommissionsmitglieder hervorgerufen werden! Besonders schmerlich muß uns die Tatsache berühren, daß wir für die Internationalisierung der deutschen Ströme pro Jahr 16 Millionen Mark ausgeben müssen. — Der gesamte Haushalt des Deutschen Reichs beträgt 86 Milliarden, der Haushalt des Friedensvertrages — 226,5 Milliarden Mark.

„Den Finger drauf."

Maifeier-Propaganda.

Auf den Zechen des Ruhrkohlengebiets hat am 1. Mai etwa die Hälfte der Belegschaften gefeiert. Mit welchen Mitteln diese verhältnismäßig starke Beteiligung erzielt wurde, ersieht man aus einer Schilderung, die der „Bergknappe", die Zeitschrift des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter, in Nr. 20. vom 20. Mai veröffentlicht. Das Blatt schreibt u. a.:

„Die sozialdemokratische Zeitung „Der Hammer" im Bezirk Hamm brachte am 29. April einen Bericht aus Kamen, in welchem die Sozialdemokraten aufgefordert wurden, die am 1. Mai arbeitenden Leute mit Musik abzuholen und sie in entsprechender Weise zu empfangen. Wörtlich wurde in dem Bericht gesagt:

„. . . auch die an diesem Tage Arbeitenden zu ehren, und zwar dadurch, daß man dieselben mittags nach der Schicht von „Grillo" mit doppelter Musik abholen will. Jedem das Seine. Wir freuen uns auf den Tag und heißen heute schon alle sich auf Kamen konzentrierenden Genossen und Genossinnen herzlich willkommen, denn auch diese werden sich freuen, an dem Spalier der Abholung der Arbeitenden teilnehmen zu dürfen."

Diesen Wink hatten die Sozialdemokraten verstanden und befolgten ihn.

Sozialdemokratische Demonstranten mißhandeln christlich-organisierte Bergleute.

Die Folgen dieser linksradikalen sozialdemokratischen Hetze blieben nicht aus. Am 1. Mai kam es in verschiedenen Bezirken zu blutigen Zwischenfällen.

In Kamen zog der Demonstrationszug nach Beendigung der Festrede vor die verschiedensten Betriebe, um die Arbeiter gewaltsam zum Feiern zu bringen. Auf der Zeche „Grillo" kam es zu schweren Tätlichkeiten der Demonstranten gegenüber friedliebenden Arbeitern, in dessen Verlauf eine ganze Reihe der arbeitenden Bergleute schwer mißhandelt wurde. In Dahlhausen (Ruhr) wurde nach dem Bochumer sozialdemokratischen „Volksblatt" vom 3. Mai ein Bergmann mit Spaten und Stöcken derart mißhandelt, daß der Arzt nach Anlegung eines Notverbandes die Überführung ins Krankenhaus anordnen mußte. Auf der Zeche „Hermann" ging es am tollsten zu. Man hielt einige der Arbeitenden an und zwang sie dazu, **die roten Fahnen zu küssen und einen Eid auf sie zu schwören**, daß sie nie wieder am 1. Mai arbeiten wollen. Trotz aller Belagerung fuhren auf der betreffenden Schachtanlage ungefähr 400 Mann an. Im Laufe der späteren 7 Stunden zog man Verstärkungen aus anderen Gemeinden heran, um den Arbeitenden einen Denkzettel zu geben. Einige Tausende dieser „Freiheitshelden" belagerten beim Schichtwechsel die ganze Schachtanlage, bildeten Spalier und ließen die von der Arbeit Zurückkehrenden **Spießruten laufen, spiee sie an, schlugen mit Stöcken auf sie ein, bewarfen sie mit Kot, Dreck und Steinen, schlugen ihre Fahrräder entzwei oder schnitten ihnen die Bereifung der Fahrräder durch.**

Auch von vielen anderen Zechen wurden Belästigungen und Mißhandlungen Arbeitswilliger gemeldet. Es sei noch bemerkt, daß derartige unerhörte Vorkommnisse, wie sie der „Bergknappe" schildert, nur dadurch möglich waren, daß der von den Zechenverwaltungen und Arbeitern erbetene polizeiliche Schutz stellenweise vollkommen versagt hat.

Aus der Partei.

Kommunalpolitische Vereinigung.

Unter dem Vorsitz des Herrn Justizrats Pork fand in Dortmund eine Versammlung der volksparteilichen Gemeindevertreter des Wahlkreises Westfalen-Süd statt. Die Versammlung hatte den Zweck, nach dem Beispiel der anderen Parteien eine Vereinigung sämtlicher volksparteilichen Stadt-, Gemeinde- und Kreisverordneten des 20. Wahlkreises herbeizuführen, in der von Zeit zu Zeit über große grundsätzliche kommunalpolitische Fragen Zwiesprache gehalten werden soll mit dem Ziel, zu einer möglichst einheitlichen Stellungnahme in dieser oder jener materiell oder kulturpolitisch gravierenden Angelegenheit zu kommen. Insbesondere soll der Vereinigung die Aufgabe gestellt sein, in Streitfällen mit anderen Fraktionen vermittelnd einzugreifen, durch Errichtung einer Zentralauskunftsstelle jedem Mitgliede die Möglichkeit zu bieten, sich in dieser oder jener Sache von allgemeinem Interesse über die Ansicht der Vereinigung zu informieren. Vorträge über gemeindepolitische Angelegenheiten sollen ein übriges tun, über der allgemeinen volksparteilichen Gesichtspunkt zu unterrichten. Mitglied kann jeder Stadt- und Gemeindeverordnete bezw. Beigeordnete und Stadtrat werden, der ehrenamtlich tätig und in Westfalen-Süd ansässig ist. Es wird jedoch erwogen, die Vereinigung über die ganze Provinz auszudehnen; sie ist auch nicht als sogenannter Ausschuß innerhalb der Partei gedacht, sondern soll als durchaus selbständiges Parteigebilde in enger Fühlung mit der Partei arbeiten. In den Vorstand wurden folgende Herren gewählt: Justizrat Pork-Dortmund, 1. Vors.; Justizr. Windhorst, 2. Vors.; Geheimrat Wehrmann-Bochum, 3. Vorsitzender; Oberstudiendirektor Dr. Wenderoth-Dortmund, 1. Schriftführer; Stadtverordneter Dr. Küppers-Bochum, 2. Schriftführer; Kamp-Hagen, 3. Schriftführer; Kaufmann August Strohn-Dortmund, 1. Kassierer; Frau Rechtsanwalt Fähre, 2. Kassierer; Alexander Weitkamp-Iserlohn, 3. Kassierer. Zu Beisitzern wurden noch folgende Herren gewählt: Dr. Hülsenbeck-Gevelsberg; Dr. Kolate-Bommern; Voß-Husen; Ditzel-Bövinghausen; Richard Heinrich-Wanne. Nachdem die Vereinigung konstituiert war, hielt Stadtverordneter Oberstudiendirektor Prof. Dr. Wenderoth einen Vortrag über den Entwurf der neuen Städteordnung. Er verglich den heutigen Entwurf mit der Steinschen Städteordnung und zeigte in der Gegenüberstellung der beiden Entwürfe, daß der heutige Entwurf in allem, was gut an ihm sei, über das Steinsche Gesetz nicht hinausgekommen sei, während das Neue in ihm in der jetzigen Fassung unmöglich bestehen bleiben könne. Als besonders unhaltbar bezeichnete Redner den § 18, der die Zahl der Stadtverordneten in einem Maße begrenzt, daß von einer umfassenden Mitwirkung der Gemeindevertreter der einzelnen Parteien auf den zahlreichen verschiedenen Verwal-

tungsgebieten keine Rede mehr sein könne. Das Mitbestimmungsrecht der Bürgerschaft drohe durch die vorgesehene Beschränkung der Zahl der Stadtverordneten vollständig illusorisch zu werden. Weiter hielt Wenderoth den § 80 für unhaltbar, der jede Ausgabe ohne Deckung verbietet. Der Bestätigungs- und Auflösungsparagraph bieten in ihrer heutigen Gestalt die Möglichkeit, mit Gemeindevertretung und Bürgerschaft ein boshaftes Spiel zu treiben. Nebenbei bemerkt werden auch ein paar Selbstverständlichkeiten, gegen die heute die sozialistischen Mehrheiten sehr sündigen, zum Gesetz erhoben. Die Eignung besoldeter Verwaltungsbeamten soll nicht mehr eine Frage von Mehrheitsbeschlüssen sein. Im übrigen gibt es noch eine Reihe von Paragraphen, die in ihrer heutigen Fassung nicht bestehen bleiben können. Wir werden in nächster Zeit im einzelnen auf den Entwurf zurückkommen. Der beifällig aufgenommene Vortrag löste eine sehr anregende Aussprache aus, die bei den zahlreichen Teilnehmern — es waren aus 37 Orten Vertreter und Vertreterinnen erschienen — den Eindruck hinterließ, daß die Kommunalpolitische Vereinigung volksparteilicher Gemeindevertreter eine sehr zweckmäßige Gründung ist. Nach den ernsten Verhandlungen luden die Dortmunder ihre auswärtigen Gäste zu einem gemütlichen Zusammensein ein, bei dem einige Damen und Herren durch Rezitationen und Gesangsvorträge die schönen Stunden allzu schnell verfließen machten.

✣

Aus der Deutschen Volkspartei.

Man schreibt uns:

Am Samstag, 13. 5. 1922, sprach in einer Kreiswahlausschußsitzung zu Hagen Fabrikant Klingspor aus Siegen über Wesen und Ziele des Arbeitsgemeinschaftsgedankens. In zahlreichen Niederschriften und offiziellen Reden von Abgeordneten der Partei ist die Bedeutung der Arbeitsgemeinschaft für den Wiederaufbau bereits oft dargelegt worden. Redner unterschied eine formale Arbeitsgemeinschaft von der wirklichen Arbeitsgemeinschaft. Die erstere, innerhalb der Zentralarbeitsgemeinschaft und den verschiedenen paritätisch besetzten wirtschaftlichen Verwaltungskörpern, hält er für eine geeignete Vorstufe zur wirtschaftlichen Erziehung. Die wirkliche Arbeitsgemeinschaft erblickt er dagegen vor allem in der Schaffung einer tatsächlichen Interessengemeinschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern durch die Besitzbeteiligung innerhalb der deutschen Wirtschaft. Jedoch kann nicht gesetzgeberische Mechanisierung die verloren gegangene seelische Verbindung zwischen Ausführenden und der Arbeit selbst wieder herstellen. Freiwillige geistige Umstellung, offenes Vertrauen zu einander vermögen den Klassenkampf zu überbrücken. Redner sieht auch durchaus nicht so große Gefahren in der Beteiligung der Arbeitnehmer an der Führung (Aufsichtsrat) wie es allgemein befürchtet wird. Über die Form der Kapitalbeteiligung sei noch zu diskutieren, doch erscheint ihm der freie Besitz der erworbenen Anteile unerläßlich. Die Gewinnbeteiligung allein werde die gewünschte seelische Umstellung der breiten Schichten der Arbeitnehmer und ihr Interesse für das Wohl der deutschen Wirtschaft nicht erwirken können. Redner forderte auf, in eine Erörterung des Gedankens, sonderlich in Kreisen der Arbeitgeber, einzutreten. Die Gewerkschaften müßten den Boden für solche Gedanken unter ihren Mitgliedern ebenfalls eifrig vorbereiten. Man sieht, daß im Ringen um die Seele unseres Volkes und den wirtschaftlichen Wiederaufbau sowohl auf Arbeitgeber- wie auf Arbeitnehmerseite gute Gedanken immer weitere Verbreitung finden. Eine paritätische Kommission von namhaften Persönlichkeiten wird die Frage der wirklichen Arbeitsgemeinschaft und der Kapitalbeteiligung demnächst grundlegend prüfen, um zu versuchen, ob nicht auf dem Wege freiwilliger Wirksamkeit die wünschenswerte Vorarbeit und Erfahrung gesammelt werden kann, deren Gesetzgeber, die sich über kurz oder lang mit der Frage zu befassen haben, unbedingt benötigen.

Zur Abwehr!

Im „Volk" in Nummer 118 vom 20. 5. 22 und in Nummer 123 vom 27. 5. 22 beschäftigt sich der „Bergfrieder" (Lehrer Henrich in Krombach) mit der Deutschen Volkspartei und glaubt die Zeit für gekommen zu halten, um ihr etwas auszuwischen. Er reitet dabei sein Steckenpferdchen „Die Judenfrage" — nach dem Bergfrieder die einzige innen- und außenpolitische Frage, mit der das deutsche Volk sich in seiner heutigen Not zu beschäftigen hat — und schreibt:

„Und wenn Stresemann für seine Partei überhaupt keine Judenfrage gelten läßt und die Partei ihm auch darin folgt — so beweist das nur, daß seine Begriffe von deutsch und Deutschtum andere sind als meine. Das sieht natürlich den großen Staatsmann und Staatsredner (?) nicht weiter an, soll's auch nicht, es kann aber klarmachen, warum dieser Führer vor Jahren aus dem Alldeutschen Verband schied. Dort gibt's nämlich eine Judenfrage, die Stresemann leugnet, (Anm. d. Schriftl.: die der „Bergfrieder" endlich gelöst hat), und eine klar ausgeprägte Stellung dem Judentum gegenüber." Wir haben diesen Erguß gelesen, dazu aber keine Stellung genommen, weil wir einen Kampf in einer Zeit, wo wir nationale Einigkeit brauchen und von unserer Seite aus erstreben, vermieden sehen wollten, besonders in einer Zeit, wo das „Volk" fast täglich von der „Sozialdemokratischen Volkszeitung" angegriffen wird. Aber unser Schweigen scheint den „Bergfrieder" mutig gemacht zu haben. Im nächsten „Ausguck" geht er schon schärfer ins Zeug und antwortet angeblich auf einen Brief eines Fabrikanten (ausgerechnet an einen Fabrikanten und mit zartem Hinweis auf andere Fabrikanten. Wer lächelt da so verständnisinnig?), „daß Frau Stresemann eine Jüdin sei", vielleicht eine getaufte, und benutzt diese bewußte Unwahrheit, um daraus weitestgehende politische Schlüsse zu ziehen. Nach dem „Bergfrieder" scheint

---

Til. Stella aus Siegen als Schützling Melanchthons.

(Schluß.

Nr. 5. Joh. Bugenhagen an König Christian III. von Dänemark.

Wittenberg, den 7. Juli 1552.

O. Vogt, Bugenhagens Briefwechsel, Stettin 1888, Seite 532, 534 und 541.

Johannes Bugenhagen (1485—1558), genannt Doctor Pomeranus, war neben Luther und Melanchthon der einflußreichste Führer der Reformation. Besondere Verdienste erwarb er sich durch seine Kirchen-Ordnungen, auch wirkte er bei der Lutherischen Bibel-Übersetzung mit. Von 1537 ab ging er für einige Jahre zur Durchführung der Reformation nach Kopenhagen. Dort hatte Christian III., König von Dänemark und Norwegen (geb. 1503, König 1533—59), die Lehre Luthers allgemein in seinen Landen eingeführt. Er stand auch mit Wittenberg als Förderer der Wissenschaft in enger Beziehung.

Dieser gelerter Tilemannus Stella, bei uns umb seines werks willen wie E. K. M. sehet wol bekant, kompt zu E. M. mit seiner Tabula, welche er kunstlich zugerichtet hat vom heiligen Lande und E. K. M. dediciret, on zweifel umb seines furteils willen. Wen Herren und fursten die Künste nicht erhalten, wie stetes in furzeiten Lobliche Herren gethan haben, so gehets wie man saget: hoc tollit fiscus quod non accipit Christus. Doch nehme E. M. hierzu die gelerten Eur M., die diese sache richten konnen, das sie beschließen mit Tilemanno Stella, so sie gern wolten das dieser Tabel solte zugethan werden. Den Stella wil diese Tabel (weil die Exemplaria schyr alle verkauft sind) widder auffleggen im Druck, das hat er mir zugesagt und der Herr Philippus (Melanchthon) wil dazu helfen. Und das saget er auch, das er furhabe mehr nütze tabulen anzurichten, wie er schreibt an mich in diesem eingelegten Zedell. Davon wil er mit E. K. M. gegenwerdig selbs handelen nach E. M. willen.

Der ursprüngliche Brief befindet sich jetzt in Kopenhagen; der Zettel Stellas fehlt. Bugenhagen nimmt auch in einem weiteren Brief an den König vom 12. August 1552 auf diese Empfehlung Stellas Bezug.

In der Antwort König Christians an Bugenhagen vom 9. Oktober 1552 wird mitgeteilt, daß er gestern Bugenhagens Schreiben durch Tilemann Stella erhalten habe. Der König werde sich Stella erkenntlich zu zeigen wissen.

Nr. 6. Phil. Melanchthon an König Christian III. von Dänemark.

Wittenberg, den 12. Juli 1552.

Corpus Reformatorum Vol 7, pag 1025—1027.

Zeiger dieser Schriften, Tilemannus Stella von Siegen, in der Grafschaft Nassau gelegen, hat ein sehr nützlich Werk allhie gemacht, nämlich ein schöne Tafel des Lands Israel, unser aller Vaterlands, darin Adam geschaffen ist, und hernach die Kirch etlich tausend Jahr Herberg gehabt, und darin sich Gott vielfältig geoffenbaret hat. Und ist diese Arbeit nützlich, der Propheten und Apostel Schrift klärer zu verstehen .... Und bittet dieser Tilemannus in Unterthänigkeit, E. K. M. wolle diese seine Arbeit gnädiglich annehmen und wollen sein gnädigsten Herr seyn, und gnädiglich betrachten, daß auf solche Arbeit Kosten gehet und daß dieses Werk zur Erklärung göttlicher Schrift dienst bei Gelehrten und bei den Laien. Ew. Königl. Maj. wird selb Freud daran haben, so sie, in Anschauung der Tafel, betrachten wird, wo jedes Miracel und göttliche Offenbarung geschehen ist.

Diesem Briefe lagen zwei Zettel bei: der eine, in deutscher Sprache, enthält politische Neuigkeiten, der andere, in lateinischer Sprache, ist überschrieben: Tilemannus Stella.

Er lautet:

Von allen geographischen Werken hält der Verfasser die beifolgenden fünf Darstellungen, nämlich des Auszuges der 12 Stämme aus Ägypten und der Reisen des Paulus für die nützlichsten und notwendigsten.

Der Verfasser hatte vor, von ganz Europa und Germanien eine Darstellung auf ein gemeinsames Blatt zu bringen; aber der knappe Raum für das jüdische Land und der völlige Ausfall der meisten Orte hinderten ihn daran. Daher hat er sich auf Anraten seiner Lehrer bemüht, beides, soweit es sich ordentlich machen ließ, auf mehreren Blättern anschaulich zu machen. Das eine ist durch Gottes gnädigen Willen fix und fertig, das andere, der Zug durch die Wüste, hat der Verfasser noch in Arbeit. Dabei wird nicht nur eine recht reichhaltige Darstellung von Ägypten, Arabien (namentlich des peträischen und eines Teiles von Syrien) gebracht, sondern auch zu den einzelnen Ortschaften, soweit es sich, ohne häßlich zu werden, machen läßt, die betreffende Geschichte hinzugefügt werden. Dies wird erfolgen unter voller Berücksichtigung des Größenverhältnisses des gesamten Werkes. Dieses bringt für das Verständnis beider Testamente, am meisten aber des neuen, reichstes Licht und ist ferner förderlich für das Verständnis der letzten 4 Bücher Mosis. Dies werden alle gelehrten Männer bekunden. Eine bildliche Darstellung der Reisen des Paulus ist so notwendig, daß man ohne ein solches Bild in dem neuen Testament (und namentlich in der Apostelgeschichte) sich bewegt, wie ein Blinder in unbekannter Gegend.

es so zu sein, als machte Frau Stresemann die Politik innerhalb der Deutschen Volkspartei, alle anderen aber, Stinnes, Becker, Vögler, Kardorff, usw., sind Trottel, verstehen nichts von Politik, haben keine Ahnung von den politischen Entschlüssen der Fraktion und es ist die höchste Zeit, daß hier der „Bergfrieder" die Mitglieder der Deutschen Volkspartei auf diese gefährliche Entwicklung aufmerksam macht, damit nun endlich die Deutsche Volkspartei Politik im Sinne des „Bergfrieders" macht. Wer lacht da? Solch politisches Denken und eine solche Blickverengung kann sich nur in dem idyllischen Krombach am Fuße des sagenhaften Kindelsberges, ohne jede Hemmung ausbilden. Man müßte doch zum mindesten erwarten, daß ein Mann, der sich ernsthaft mit politischen Fragen beschäftigt und dem es nicht möglich ist, in mündlicher Aussprache mit führenden Köpfen sich Klarheit zu verschaffen, doch zum mindesten die Literatur und die Geschichte der Judenfrage eingehender studiert. Wie steht es denn aber **mit der Judenfrage innerhalb der eigenen Partei?** Zur Aufklärung wollen wir dem Bergfrieder hier mit einigem Material dienen.

Nach einer Erklärung des Abgeordneten von Gräfe **in der „Deutschen Zeitung" vom 7. 1. 21 Nr. 11 gibt es keinen Unterschied in der Judenfrage zwischen der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen.** Auch der Schriftleiter der „Deutschen Tageszeitung" schreibt in einem Leitartikel der „Deutschen Tageszeitung" vom 15. 1. 1920 Nr. 26 in einer Polemik gegen den Abgeordneten Dr. Stresemann, daß „**die Deutschnationale Volkspartei keineswegs den Rassenantisemitismus vertritt**" und es deshalb mindestens zweifelhaft sei, ob **in der Stellung zur Judenfrage ein Unterschied** zwischen Deutscher Volkspartei und Deutschnationaler Volkspartei bestehe. Auch in den programmatischen Entschließungen der Partei ist kein Unterschied zu entdecken (Anm. d. Schriftl.: Es müßte denn sein, daß der christlich-soziale Teil innerhalb der Deutschnationalen Volkspartei eine andere Stellung zu der Judenfrage einnimmt, als der Gesamtvorstand der Deutschnationalen Partei! Es wäre doch sehr interessant, hier Näheres darüber zu erfahren!) Das Programm der Deutschnationalen Volkspartei — wohlgemerkt nur vom Parteivorstand, nicht von einem Reichsparteitag genehmigt — sagt zur Judenfrage in Artikel 11 „Volkstum" folgendes:

> „Nur ein starkes, deutsches Volkstum, das Art und Wesen bewußt wahrt und sich von fremdem Einfluß freihält, kann die zuverlässige Grundlage eines starken deutschen Staates sein. Deshalb bekämpfen wir jeden zersetzenden, undeutschen Geist, mag er von jüdischen oder anderen Kreisen ausgehen."

Hier wird also nicht das Judentum als solches abgelehnt, sondern nur „jeder undeutsche zersetzende Geist, mag er von jüdischen oder anderen Kreisen ausgehen".

Sagt das Programm der Deutschen Volkspartei, das auf dem Reichsparteitag zu Leipzig einstimmig angenommen wurde, etwas anderes? Es heißt in Punkt 6 „Volkstum und Familie":

> „Die Not der Zeit, die Bedrückung durch unsere Feinde, der Haß und die Verleumdung die dem deutschen Volke überall begegnen, **machen es besonders notwendig, daß es seiner völkischen Eigenart bewußt werde und alle geistigen und sittlichen Werte, die in ihm liegen, herausarbeite. Dazu will die Deutsche Volkspartei nach Kräften mitwirken. Dagegen bekämpft sie alle Zersetzungsbestrebungen,** die an die Stelle des Bekenntnisses zum nationalen Staat und zum deutschen Volkstum das Weltbürgertum setzen wollen. Sie **verwirft alle Bestrebungen, die unser deutsches Empfinden zurückdrängen wollen zugunsten weltbürgerlicher, uns wesensfremder Auffassung.** Der sittliche und wirtschaftliche Wiederaufbau unseres Volkes kann nur gelingen, wenn **wir zurückkehren zu den alten Grundsätzen** von Treue, Ehrlichkeit, Unparteilichkeit und Unbestechlichkeit im öffentlichen Dienst, in Handel und Wandel. **Alle anders gearteten Gesinnungen bekämpft die Deutsche Volkspartei, gleichviel, von welcher Seite sie kommen."**

Auch in seinen weiteren Erklärungen wendet sich das deutschnationale Programm

> „gegen die seit der Revolution immer verhängnisvollere Hervorkehrung des Judentums in Regierung und Öffentlichkeit. Der Zustrom Fremdstämmiger über unsere Grenzen ist zu unterbieten."

Auch hierin ist nichts Unterscheidendes, sondern nur für die D. V. P. Selbstverständliches gesagt. Hat doch die Deutsche Volkspartei bereits in einer Anfrage (Nr. 400) die Regierung um Auskunft darüber gebeten, welche Maßnahmen sie gegen den Zuzug volksfremder Elemente über die Ostgrenze des Reiches getroffen habe.

Es liegt uns auch kein deutschnationales Bekenntnis zu einer **rein völkischen** Politik vor, keine parteiamtliche Kundgebung, die prinzipiell jedem Juden die Betätigung in der Partei verwehrt. Im Gegenteil brachte die „Deutsche Zeitung" noch am 16. März 21 in Nr. 125 einen Artikel des Staatsministers a. D. Borries, in dem es heißt:

„Jeder Jude, der an der inneren Erneuerung Deutschlands in unserm Sinne mitarbeiten will, soll willkommen sein."

In der „Gladbacher Zeitung" Nr. 129 v. 5. 6. 20 findet sich folgendes Inserat der Deutschnationalen Volkspartei, Ortsgruppe M.-Gladbach:

> „Die Mittwoch-Nummer der „Gladbacher Zeitung" enthielt eine Anzeige der
> **Deutschvölkischen Arbeitsgemeinschaft,**
> in welcher die Deutschnationale Volkspartei als judengegnerisch hingestellt wurde und damit für sie geworben werden sollte. **Das entspricht nicht den Tatsachen und steht die hiesige Parteigruppe dieser Angelegenheit und den ihr völlig unbekannten Unterzeichneten durchaus fern.**
>
> Deutschnationale Volkspartei,
> Ortsgruppe M.-Gladbach."

Eine Karte von Europa bringt gegenwärtig viel Nutzen wegen der Geschichte Griechenlands, Roms und ebenso unserer Zeit. Man erkennt ebenso, was von der so unglücklichen Kirche noch übrig ist,. Auch das Machtgebiet Roms (imperium romanum) wird hier durch Grenzlinien umschrieben.

Am meisten hätte auch die kartographische Darstellung von Deutschland berücksichtigt werden müssen weil es uns alle erzeugt und geschaffen hat; aber wir vernachlässigen zu unser Schande, während wir fremde Gebiete festzustellen suchen, das Vaterland. Deshalb wird auch eine solche Karte bearbeitet werden müssen aber mit ganz anderer Sorgfalt als die bisher herausgegebenen.*)

Zur Fertigstellung dieser Werke denkt der Verfasser keine Sorgfalt, keine Mühe und keine noch so schwere Anstrengung zu unterlassen; nur hindern ihn die hierfür notwendigen Geldkosten. Darum bitte er Eure Königliche Majestät um Teilnahme und Hilfe hierzu. Er gedenkt alle seine Werke und was sonst Eure Majestät besonders gutheißen wird, ihr zu widmen und bietet seine Arbeit Eurer Königlichen Majestät alleruntertänigst an.

Nr. 7. **Phil. Melanchthon an Johann Albrecht,**
Herzog von Mecklenburg,
am 4. November 1553.

Corpus Reformatorum Vol 8, pag 171.

Seit 1549 war die lutherische Lehre von den Ständen Mecklenburgs als Landesreligion anerkannt.

Johann Albrecht regierte ganz Mecklenburg 1552—1576. Til. Stella trat 1553 auf einige Jahre in die Dienste des Herzogs, ging bis 1560 nach Wittenberg zurück und baute dann 1564—1582 den Kanal von der Ostsee zur Elbe durch das Mecklenburger Land.

Eure Hoheit werden bereits den Fleiß, die Gewissenhaftigkeit und den guten Charakter von Tilemann Stella erkannt haben und unzweifelhaft an seinen Arbeiten Gefallen finden, die auch Eurer Hoheit neuen Glanz bereiten.

Da bei jedem die eigene Tüchtigkeit die beste Empfehlung ist, so wird er hoffentlich bereits vorher durch seine Vorzüge Eurer Hoheit empfohlen sein. Aber trotzdem wolle Eure Hoheit noch mir zuliebe etwas Wohlwollen zulegen.

Nr. 8. **Phil. Melanchthon an Johann Albrecht,**
Herzog von Mecklenburg,
am 22. Januar 1556.

Corpus Reformatorum Vol 8, pag 668

Ich weiß, daß Eure Hoheit auch einsichtsvoll über geistige Größen urteilen und nach eigenem Urteil den Tilmann wegen seines trefflichen Charakters, seiner Allgemein-Bildung und seines Fleißes hochschätzen. Deshalb brauche ich eigentlich nicht viel zu schreiben. Doch wird hoffentlich dies mein Zeugnis Eurer Hoheit nicht unwillkommen sein. Auf der Hochschule lebte er derart, daß seine Sittenreinheit allen anderen ein Musterbeispiel ist, daß seine Arbeiten die Wissenschaft zieren und die Studien der Hörer fördern. Ein solcher Mann ist sicher ein Segen für die Allgemeinheit und ist des Wohlwollens weiser Fürsten würdig. Eure Hoheit wolle daher nicht unterlassen, ihm wegen der Güte seiner Leistungen förderlich zu sein.

Nr. 9. **Phil. Melanchthon an Johann Albrecht,**
Herzog von Mecklenburg,
am 10. September 1558.

Corpus Reformatorum Vol 9, pag 661 (1842).

Stella war wieder nach Wittenberg zur Bearbeitung seiner Karte von Deutschland zurückgekehrt.

Am 19. April 1560 starb Melanchthon, der stets sich Stella's weitwohlwollend angenommen hatte.

Am 10. September empfing ich den Brief Eurer Hoheit. Da aber der Bote an demselben Tage abreisen wollte, ging ich zu der Behausung des Tilemann Stella. Dort erzählte er mir, daß er erst im Laufe des Monats zurückkehren würde.

Von der im Jahre 1552 erschienenen Karte Palästinas schickte Til. Stella auch einen Abdruck seiner Vaterstadt.

In der Stadt-Rechnung von 1553 heißt es:

„Dem Boten geschenkt, der das Tuch und Gemahltes der Beschreibung des Heiligen Landes, so Tilmannus Stella Siegenensis kunstreich und artig zusammengesetzt und aus freier Kunst gemacht und zugerichtet, hergetragen, aufs Rathaus getragen und überliefert, ein Viertel von einem Daler, facit 7½ Albus, 3 Heller. Ferner: Für den Rahmen, darin Tilmanni stolze Beschreibung des Jüdischen Landes gefaßt, dem Schreiner zur Belohnung 5 Albus."

Diese Karte ist in Siegen verloren gegangen.

Den Titel habe ich nach einem Bücherkatalog aus Augsburg vom Jahre 1556, der sich in der Staatsbibliothek zu München befindet, feststellen können. Er lautet. Palaestinae seu Terrae Sanktae Descriptio Til. Stella autore, Wittenbergae 1553.

Von dieser Karte ist in Deutschland und in den größeren Büchereien des Auslandes kein einziger Abdruck vorhanden: sie ist vollständig verschollen.

Aus einer weiteren Bearbeitung Palästinas, die zuerst 1570 erschien, brachte die Zeitschrift Siegerland im Band 3, 1916, eine Abbildung.

Der Aufsatz dort schloß mit den Worten: Sollte sich nicht heute die Stadt Siegen ihres einst hochgeehrten Sohnes Tilmann Stolz-Stella erinnern und nach ihm einen Platz oder eine Straße bei einer Schule benennen?

*) In Jahre 1560 erschien von Til. Stella in Wittenberg „Die gemeine Landtaffel des deutschen Landes".

Es ist nicht bekannt geworden, daß die deutschnationale Parteileitung daraufhin ihre M.-Gladbacher Ortsgruppe berichtigt habe. Im Gegenteil erklärte der deutschnationale Abgeordnete Dr. Ritter am 13. 10. 20 in einer deutschnationalen Mitgliederversammlung in Berlin-Lichterfelde in seinem Vortrage über das Thema „Deutschnationale Volkspartei und Judenfrage", daß die Judenfrage für ihn keine Rassenfrage, sondern nur eine Religionsfrage sei. Nach dem Bericht der „Deutschnationalen Bürgerzeitung" vom 13. 10. 20 Nr. 233 sprach er seine Hochachtung aus vor den Leistungen der Juden in der Kunst, Literatur und der Wissenschaft. Seinen Ausführungen folgte allgemeiner Beifall. Genügt dieses Material oder sollen wir noch weiteres bringen? Dem „Bergfrieder" scheint es aber besonders Frau Stresemann und Professor Riesser angetan zu haben und er tut so, als gäbe es in der deutschnationalen Partei keine Juden und keinen jüdischen Einfluß. Ist sie wirklich im Sinne des „Bergfrieders" judenrein. Ein unverdächtiger Zeuge, der bekannte deutschvölkische Professor Dr. Freiherr von Liebig, weist in einem Artikel am „Nasenring" („Deutscher Generalanzeiger" Nr. 25 vom 25. 6. 21) ausdrücklich darauf hin, daß auch in der Deutschnationalen Volkspartei Juden sitzen und Einfluß haben. Sollen wir weiter auf Namen eingehen? Die „Demokratische Rundschau" vom 26. 10. 19 führt nach dem Semi-Gotha eine ganze Reihe jüdischer oder jüdischverseuchter konservativer und deutschnationaler Größen an. Sollen wir die Namen bringen? Wir überlassen es dem „Bergfrieder", diese Dinge nachzuprüfen und sich mit der ganzen Frage eingehender zu beschäftigen. Wir selbst aber, die wir diesen Artikel nur geschrieben haben um einer gehässigen Agitation entgegenzutreten, möchten doch zum Schluß die Worte des Parteivorsitzenden Hergt, die er in Gießen auf dem Deutschnationalen Parteitag am 1. 11. 21 gesprochen hat und die aus einem anderen Geist geboren sind, ihm entgegenhalten:

„Wir können mit großer Freude feststellen, daß wir in den letzten Wochen einig mit unserer Bruderpartei marschiert sind, **daß die Deutsche Volkspartei unser bester und treuster Bundesgenosse war.** Nichts hat uns getrennt."

Will der „Bergfrieder" im Sinne des Vorsitzenden der Partei für Einigkeit oder Uneinigkeit wirken? Ist das Letzte der Fall, dann fahre er fort mit seinen Angriffen gegen die Deutsche Volkspartei, wir werden ihm die Antwort nicht schuldig bleiben.

N.

Herausgegeben vom Kreisverein Siegen der Deutschen Volkspartei Geschäftsstelle Brüderweg 1. (Fernruf 1442). Für die Schriftleitung verantwortlich P. Nitschke. (Fernruf 1442). Gedruckt bei W. Vorländer, Obergraben 5/1, sämtlich in Siegen.

Die Anzeigen im Beobachter finden die weiteste und wirksamste Verbreitung.

Sauerl. Gebirgs-Verein
Jahres-Hauptversammlung und Gebirgsfest
am 10. und 11. Juni in Siegen.
Neben und nach der Hauptversammlung: **Führungen durch Siegen und seine Umgebung, Besichtigung des Siegerländer Heimatmuseums, großer Unterhaltungsabend, Konzert und Tanz in den Anlagen der Eintracht.**
Alles Nähere enthält die Festnummer des Sauerl. Gebirgsboten.

J. H. Kurth, Kreuztal
Karbid-Großhandlung
Autogene Schweiß- und Schneidanlagen nebst Zubehörteilen
der Chem. Fabrik Griesheim-Elektron in Frankfurt a. Main.

Aug. Marx,
Wurst- und Fleischwarenfabrik,
Ernsdorf-Kreuztal. Fernspr. Nr. 18.
Maschinelle Kühlanlage im Hause.

C. W. VOGEL
G. M. B. H.
ROHRLEITUNGEN, BEHÄLTER, DRUCKKESSEL, KAMINE
EISEN- U. BLECHWAREN-FABRIK
KESSELSCHMIEDE
SIEGEN I. W.
BLECHARBEITEN, GENIETET, GESCHWEISST, ROH U. VERZINKT

NÖH & BUCH
NIETEN-FABRIK
WEIDENAU/SIEG
KESSEL-, BRÜCKEN-, SCHIFF-, VERSENK-**NIETEN** GITTER-, BLECH- U. FASS-NIETEN
IN ALLEN METALLEN

Fabrikation von Ambossen und Sperrhörnern
Reparaturen alter Ambosse.


Matrizenstahl.


Geschmiedetes Ia. Siemens-Martin-Eisen für Maschinenteile.
Schmiedestücke.

Feldmann & Münker
G. m. b. H.
Eisengroßhandlung, Krombach, Kr. Siegen
Fernruf Amt Kreuztal Nr. 85 u. 115.
Telegramm-Adr.: Feldmann Kreuztal.
Neueisen Alteisen Metalle.
Besonderheit: alle Sorten Bleche.

M. Stern Aktiengesellschaft
Essen
Fernruf: Amt Essen 9340 bis 9348 und 9206 bis 9209.
Schrottbedarf aller Art. | **Bleche** aller Art. | **Nutzeisen**
Schrottzerkleinerungswerke. Späneblockwerke.
Vertreter:
Fritz Henk, Kreuztal, Kr. Siegen, Bismarckstraße 79.
Fernruf 131 Amt Kreuztal.

Eisen- u. Metallwerke
G. m. b. H.
Ferndorf (Kr. Siegen)
Uebernahme von Dreharbeiten
wie Walzenschrauben, Muttern und sonstigen Werkstücken, auch im Lohn.
Anfertigung u. Bearbeitung von Maschinenteilen jeglicher Art.
Billigste Berechnung. — Anfragen erbeten.

Ernst Giesler & Co. G. m. b. H.
Kreuztal, Kr. Siegen.
Fernspr. 108. Telegramme: Metallgiesler.

Krombacher



Pilsener, hell und dunkel

KINDELBERG

hergestellt aus nur Malz u. Hopfen in Friedensstärke.

Konditorei und Café

ERNST WARNKE

Bringe meine Gartenwirtschaft in empfehlende Erinnerung.

Wilhelmstraße — Ruf Nr. 368.

Ludwig Pfaff

Herren-Maßgeschäft,

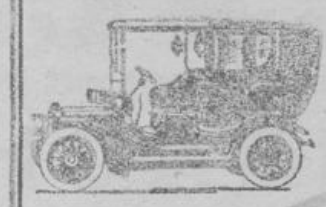
Kreuztal,

Kreis Siegen,

Bismarckstraße 42.

Parteibüro der D. V. P.
Brüderweg 1.

HOTEL HUTHSTEINER.



Automobile.

Karl Sohler, Kreuztal, Kreis Siegen

Fernruf 126

Neuzeitlich eingerichtete Instandsetzungswerkstätte.

Alleinvertreter für die hiesigen Bezirke der Gemeinschaft Deutscher Automobilfabriken G. m. b. H., Berlin.
(N. A. G., Hansa-Lloyd, Brennabor und Hansa.)

Arnold Schreiber, Ferndorf, Kreis Siegen.

Generalvertretung

der Firma **Otto E. Meise, Hamburg,** Oele, Fette, Putzwolle und der Firma **J. J. Glorius, Magdeburg,** Farben und Lacke.

WEIDENAU.

Heinrich Braas

Bautechnisches Büro

Sandstraße 1 :=: Ruf 804.

Karl Busch

Buchhandlung u. Buchbinderei

— — Gegr. 1897 — —

Siegstr. 25 :=: Ruf 2022.

August Braun

Büromöbelfabrik

Untere Friedrichstraße. – Fernruf 638.

Karl Burgmann

: Schuhwaren und Maßarbeit :

Siegstraße 7.

Albert Grimm

Uhren u. Goldwaren, Optik.

Eigene Reparaturwerkstätte

Wilhelmstraße.

Paul Haubrich

Inhaber der Niederlassung von Tengelmanns Kaffeegeschäft

Wilhelmstraße. — Ruf 406.

Karl Helmes

Kaffee-Spezialgeschäft

Konfitüren, Schokoladen, Tee, Kakao, Keks.
Große Auswahl in Bonbons, Desserts und Marzipan.
Weine, Spirituosen und Liköre.

Wilhelmstraße :: Ruf 1279.

Paul Hruby

Spezialhaus für feinen Damenputz

Wilhelmstraße.

Otto Moritz

Uhren, Gold- und Silberwaren.

Bestecke in Massivsilber und versilbert.
Musikwerke und Pianos.

Weidenau, Wilhelmstraße. — Ruf 956.
Siegen, Kölner Straße. — Ruf 531.

Löwen-Drogerie

Fritz Müller

Drogen, Chemikalien, Parfümerien, Verbandstoffe.
Weine, Liköre, Spirituosen.
Photo-Artikel. — Oeffentliche Dunkelkammer.

Untere Friedrichstrasse. :-: Ruf 891.

HOTEL PATT

(Haltestelle der Strassenbahn)

Erstes u. ältestes Haus am Platze

Gute und billige Verpflegung.

Johann Reinhard

Manufaktur- u. Modewaren
Kurz-, Weiß- u. Wollwaren
Damen-, Herren- u. Kinderkonfektion
Spezialität: Herrenartikel

Wilhelmstr. :-: Ruf 387

Schuhhaus

Paul Saßmannshausen

empfiehlt sich beim Einkauf

erstklassiger Schuhwaren

Wilhelmstr. (Haltest. Hotel Patt) Ruf 836.

Zigarren-Spezialgeschäft

Heinrich Sänger

Allervorteilhafteste Bezugsquelle in sämtlichen Tabakfabrikaten für Wiederverkäufer zu Originalpreisen

Untere Friedrichstr. Ruf 1259.

Schleifenbaum & Steinmetz

Maschinenfabrik.

Spezialität:

Scheren, Pressen, Dampfhämmer

Austraße, Ruf 1479.

Wilhelm Schweisfurth

Hüte, Mützen, Regenschirme, Herrenwäsche, Schlipse, Hosenträger.

Wilhelmstraße, Ruf 778

(Haltestelle Hotel Patt.)

Josef Thelen

Spezialhaus für Innendekoration, Lederwaren und Reiseartikel

Wilhelmstraße (Haltestelle Post),

Ruf 1180.

Hermann Trewde

Getreide-, Mehl- u. Futtermittel-Großhandlung

Geisweid i. W.

Büro u. Lager Weidenau, Untere Friedrichstr. 64

Ruf 1407.

BURBACHBETON

Baugesellschaft mit beschränkter Haftung

KROMBACH, KREIS SIEGEN.

Siegerländer Landwirtschaftliche
Ausstellung
(Südwestfalen)

vierte Ausstellung des Landwirtschaftlichen Kreisvereins
(Kultur- und Gewerbe-Vereins)

des Kreises Siegen in Siegen
vom 15. bis 19. September 1922.

(Verlängerung der Aussellung außer Viehgruppen wahrscheinlich).

Gruppen:

I. **Rindvieh:**
A) **Rotes Gebirgsvieh.** (Vors. Herr Kreistierarzt Bahr, Siegen.) (Siegerl. Herdbuchvieh).
B) **Rindvieh anderer Rassen.** (Vorsitzende die Herren: Johs. Klöckner, Obernetphen, Gem.-Vorst. Schmidt in Eichen).
II. **Ziegen** (weiße hornlose [Schweizer] Ziegen). Vors. Herr Eduard Schneider in Siegen).
III. **Schafe und Schweine.** (Vors. Herr Landwirtschaftslehrer Recknagel in Siegen).
IV. **Geflügel und Kaninchen.** (Vors. Herr Lehrer Weisbauer in Weidenau).
V. **Fischerei und Fischereigeräte.** (Vors. Herr Amtmann Ebberg in Kreuztal).
VI. **Bienen, Geräte für Bienenhaltung und Bienenerzeugnisse.** (Vors. Herr Lehrer Jung in N.-Dielfen).
VII. **Obst-, Gemüse- und Gartenbau.** (Vors. Herr Amtmann Middeldorf in Freudenberg)
VIII. **Landwirtschaftliche Boden- und Tiererzeugnisse und deren Verwertung.** (Vors. wie III).
IX. **Saatgut, Düngemittel und Schädlingsbekämpfung.**
(Vors. Herr Wiesenbauschullehrer Sommermann in Siegen).
X. **Jagd, Jagdgeräte, Forstwirtschaft und Hunde.**
(Vors. für Forstwirtschaft: Herr Kreisoberförster Sorg in Weidenau).
" " Jagd: Herr Lehrer Metzler in Siegen).
" " Hunde: Herr Fabrikant Daniel Nöh in Weidenau).
XI. **Landwirtschaftliche Geräte u. Maschinen** (Industrie-Abtlg.) (Vors.Herr C.W.Vogel in Siegen).
XII. **Landwirtschaftliches Unterrichts-, Meliorations- und Bauwesen.**
(Vors.Herr Dr. Breitenbach, Direktor der Wiesenbauschule in Siegen)

Die Geschäftsräume befinden sich ab 15. Mai in der Eintracht.
Telephon Nr. 710 und 1464 Amt Siegen.

Anmeldeformulare und Ausstellungsbedingungen werden den Interessenten, welche sich bereits meldeten, in Kürze zugehen, sie sind auch bei der Ausstellungsleitung und den Gruppenvorsitzenden zu erhalten.

Weitere Meldungen sind zu richten an die Herren Gruppenvorsitzenden und die Ausstellungsleitung.

Für den Hauptausschuß:
Der Direktor des Kultur- und Gewerbe-Vereins:
Goedecke, Landrat.

Die Ausstellungsleitung:
Dr. Weber. C. W. Vogel. Dr. Breitenbach. Ernst Wildenberg.

Justus Stahlschmidtsche Werke
G.m.b.H.
Kreuztal, Krs. Siegen.
Lochanstalt,
Kesselschmiede, Apparatebau
Blechschweisserei.

Frühstücks-Services

Reichste Auswahl für
den herrschaftlichen
u. bürgerlichen Tisch

J. WELTER
Kornmarkt 12–16.

Sämtl. Pelzwaren eigener Fabrikation
Hüte, Mützen, Schirme.
Ankauf aller Pelzfelle.

Pelzhaus Becker
Siegen
Fernruf 890. — Marburger Str. 10/12.

Gebr. Wolf, Siegen
Sondergeschäft für Bürobedarf.

Schreibmaschinen
Rechenmaschinen
Vervielfältiger
und deren Zubehör.

K. August Falkenhahn, Kreuztal (Kreis Siegen)

Tel. Amt Kreuztal 59 — **Eisenbahn-Baugeschäft** — Tel. Amt Siegen 1235

Ausarbeitung von Entwürfen und Herstellung von Eisenbahn-Anschlüssen.
Übernahme sämtl. Hoch- und Tiefbauten, sowie Erd-, Maurer-, Beton- und Wasserarbeiten.